

**Bezirkstag Pfalz**



**Infobrief**

## Rundbrief Nr. 6/ November 2015

Liebe Genossinnen und Genossen,

im heutigen Rundbrief findet ihr Informationen zur aktuellen politischen Arbeit im Bezirkstag sowie meine Pressemitteilungen seit September 2015. Weitere Informationen auf [www.die-linke-bezirkstagpfalz.de](http://www.die-linke-bezirkstagpfalz.de).

## Aktion Rote-Hand – Keine Kindersoldaten weltweit!

Beim 10. Demokratietag Rheinland-Pfalz (siehe Bericht unten) war u.a. das „Deutsche Bündnis Kindersoldaten“ mit einem Stand vertreten. Dieses Bündnis kämpft seit vielen Jahren gegen die Rekrutierung von Kindern und Jugendlichen für Kriegseinsätze.



Am 12. Februar 2002 in trat das Fakultativprotokoll zu dem Übereinkommen über die Rechte des Kindes, betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten in Kraft. Dennoch werden laut Schätzungen der UNO weltweit 250.000 Kinder als Kindersoldaten missbraucht. Mädchen wie Jungen sind in Streitkräften und bewaffneten Oppositionsgruppen von mehr als 35 Ländern als Soldaten im Kampfeinsatz. Das Übereinkommen existiert nur auf dem Papier. Um die Not und das Elend der zwangsrekrutierten Kindersoldaten kümmern sich bestenfalls Hilfsorganisationen – meistens wenn es zu spät ist und die Überlebenden bereits schwer traumatisiert und entmenschlicht sind.

Wir sollten daher dringend den notwendigen politischen Druck verstärken, dass geltendes Recht international durchgesetzt und Verstöße auch tatsächlich geahndet werden und zu Konsequenzen für die Täter führen.

**Auf der homepage der LINKEN im Bezirkstag findet ihr weitere Informationen zur Aktion Rote-Hand und könnt die entsprechende Petition mit Unterschriftenliste herunterladen.**

# **Aktiv für Demokratie und Inklusion**

Im Oktober 2015 habe ich als Mitglied des Bezirkstages Pfalz an zwei bemerkenswerten Veranstaltungen in der Pfalz teilgenommen.

## **Demokratietag Rheinland-Pfalz**

Am 2. Oktober fand der 10. Demokratie-Tag Rheinland-Pfalz auf dem Hambacher Schloss in Neustadt statt. Im Mittelpunkt der diesjährigen Veranstaltung standen die Themen Demokratie und Partizipation in Schule, Kita und Jugendarbeit. Moderiert vom SWR diskutierten die Landtagsabgeordneten Jacqueline Rauschkolb (SPD), Brigitte Hayn (CDU) und Ruth Ratter (Grüne) darüber, wie demokratisch Schulen sind bzw. sein könnten. Der Diskussion lag das Impulspapier „Schule der Bürgergesellschaft“ des Bundesnetzwerkes Bürgerschaftliches Engagement zu Grunde. Aus dieser Diskussion konnte ich einige interessante Anregungen für die politische Arbeit im Bezirkstag mitnehmen. Als Träger des Pfalzinstituts für Hören und Sehen, der Pfalzakademie, der Meisterschule der Handwerker und verschiedener museumspädagogischer Museen ist der Bezirksverband auch direkt für die Umsetzung von Partizipationsmöglichkeiten innerhalb seiner Einrichtungen zuständig. Im Kern geht es dabei um Beteiligungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten von Schülerinnen und Schülern, Eltern und Lehrerinnen und Lehrern auf Unterricht und schulische Abläufe, darüber hinaus aber auch um die Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern in der Jugendarbeit und die Bildung von Netzwerken. Die Podiumsdiskussion verlief weitgehend im Konsens und in den Grundfragen waren sich alle Diskutierende sehr einig. Man fühlte sich an die zahlreichen Sonntagsreden aller Parteien zu diesen Themen erinnert. Deshalb legte ich meinen Schwerpunkt auf das Knüpfen von persönlichen Kontakten mit den Vertreterinnen und Vertretern der zahlreich teilnehmenden Vereine und Verbände, darunter das Forum Neue Bildung, das Netzwerk für Demokratie, der Elterninitiative gegen Rechts, dem Projekt Friedensbildung und das Deutsche Bündnis gegen Kindersoldaten. Aus diesen Gesprächen lassen sich sehr konkrete Reformen für die Einrichtungen des Bezirksverbandes ableiten, die ich zu gegebenem Zeitpunkt auf die politische Agenda des Bezirkstages bringen werde.

## **Landesinklusionstag Rheinland-Pfalz**

Am 10. Oktober fand der erste Landesinklusionstag Rheinland-Pfalz im ZDF-Konferenzzentrum im Mainz statt. Veranstalter waren u.a. die Initiative Eine-Schule-Für-Alle, die GEW, der DGB, verschiedene Sozialverbände, der evangelischen Kirche im Rheinland sowie die Universitäten Kaiserslautern und Landau. Verschiedene Arbeitsgruppen und Foren befassten sich mit den Themen assistierte Ausbildung für Menschen mit Behinderungen, Inklusive Lehrerbildung, inklusive Wohngemeinschaften und kommunalen Aktivitäten zur Umsetzung der UN-Behindertenkonvention. Organisiert wurde das Arbeitstreffen maßgeblich von den Initiatoren des Vereins „Eine-Schule-Für-Alle“, die seit vielen Jahren eine Vorreiterrolle für das Thema Inklusion in Rheinland-Pfalz einnehmen. Mit den Vorstandsmitgliedern Frieder Bechberger-Derscheit und Dr. Winfried Eschmann pflegt DIE LINKE seit vielen Jahren regelmäßige Kontakte, die Linksfraktion Pirmasens ist Mitglied im Verein und gemeinsame Veranstaltungen wurden durchgeführt. Leider steht in der Landespolitik und dem beim Inklusionstag diskutierten Gesetzentwurf die Kostenfrage erneut im Vordergrund. Damit steht dieser Gesetzentwurf einer tatsächlichen Umsetzung der UN-Behindertenkonvention eher im Weg, als sie zu befördern. Davon abgesehen, dass die für den schulischen Bereich vorgesehenen Finanzmittel nur als lächerlich zu bezeichnen sind, findet man Barrieren in Rheinland-Pfalz findet auch 10 Jahre nach der Verabschiedung der

UN-Behindertenkonvention zu aller erst in den Köpfen. Es muss endlich bei allen, und insbesondere denjenigen in Regierungsverantwortung, ankommen, dass es der Normalität des Alltags entspricht, verschieden zu sein und jede und jeder in seinem Leben hilfsbedürftig werden kann. Eine inklusive Gesellschaft entsteht gerade nicht dadurch, dass man Menschen mit körperlichen, geistigen oder anderen Behinderungen als Gruppen definiert, sondern ganz im Gegenteil, indem man sich selbst und die Betroffenen von diesen Kategorien befreit – und das heute noch Unnormale zur Normalität wird. Deshalb wird sich DIE LINKE auf allen politischen Ebenen weiterhin für die vorbehaltlose Umsetzung der UN-Behindertenkonvention einsetzen. Ihre Bedeutung für die Gesellschaft geht weit über die vordergründig angesprochene Behindertenproblematik hinaus.

## **Pressemitteilungen**

Pressemitteilung 10. November 2015

### **Jubiläumsveranstaltung des Bezirkstages kein Ort für politische Agitation**

**DIE LINKE im Bezirkstag Pfalz: Verteilung von Flyern der Initiative „Pro Pfälzerwald“ und „Vernunftkraft“ war deplatziert**

Bei der 200-Jahr-Feier des Bezirkstages Pfalz am vergangenen Wochenende wurden Informationsbroschüren der Initiative „Pro Pfälzerwald“ und der Bundesinitiative „Vernunftkraft“ auf die Stühle der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des wissenschaftlichen Symposiums zur Geschichte des Bezirksverbandes verteilt.

Dazu erklärt Brigitte Freihold, DIE LINKE im Bezirkstag Pfalz: „Die Feierlichkeiten zum 200-jährigen Jubiläum des Bezirkstages Pfalz mit dem damit verbundenen wissenschaftlichen Symposium zur Geschichte des Bezirksverbandes waren insgesamt sehr gelungen, informativ und ansprechend gestaltet. Deplatziert hingegen war die Verteilung von Informationsbroschüren durch ausgewiesene Windkraftgegner und Gegner der Energiewende. Damit wurde versucht, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Symposiums politisch zu instrumentalisieren und für bestimmte politische Vorstellungen zu werben. Dies war im Rahmen der überparteilichen Feierlichkeiten und der gebotenen Neutralität eines wissenschaftlichen Symposiums völlig unangemessen und sollte bei zukünftigen Veranstaltungen dieser Art von der Verwaltung des Bezirksverbandes unterbunden werden. Nach den bisherigen Bekundungen des Bezirkstages Pfalz und seiner Mitglieder möchte ich auch weiterhin davon ausgehen können, dass sich der Bezirksverband Pfalz zur Notwendigkeit der Energiewende bekennt.“

Brigitte Freihold, DIE LINKE im Bezirkstag Pfalz

## **Mehr Druck zur Beseitigung militärischer Altlasten**

### **DIE LINKE im Bezirkstag Pfalz: Naturpark Pfälzerwald direkt betroffen – Bezirksverband gefordert**

Der Gemeinderat Wilgartswiesen hat kürzlich den Rückbau des Konversionsgeländes „Langerkopf“ und die Beseitigung der dortigen militärischen Altlasten gefordert, die von den Amerikanern bei ihrem Abzug zurückgelassen wurden. Insbesondere fordert der Gemeinderat von der Landesregierung, den verseuchten Boden abzutragen, der für die Verseuchung des Trinkwassers in Hofstätten verantwortlich gemacht wird. Neben der Landesregierung sieht DIE LINKE im Bezirkstag Pfalz auch den Bezirksverband in politischer Verantwortung.

Dazu erklärt DIE LINKE im Bezirkstag Pfalz, Brigitte Freihold: „Mitten im Naturpark Pfälzerwald befinden sich zahlreiche ehemalige Militärstandorte mit entsprechenden militärischen Altlasten, die eine Gefahr für Umwelt und Natur darstellen. Darüber hinaus sind diese Gelände wenig zuträglich für den Naturpark Pfälzerwald als Naherholungsgebiet und wichtiger Tourismusfaktor. Insbesondere die verseuchten Böden stellen eine Gefährdung für den Biosphärenstatus dar und sind ein ernsthaftes Risiko für Wasserschutzgebiete und die Trinkwasserversorgung. Als es um politische Statements gegen Windkraft im Pfälzerwald ging, setzte sich der Bezirksverband Pfalz mit seinem Windkraftmoratorium an die Spitze der Windkraftgegner. Bei der Beseitigung von militärischen Altlasten hingegen fehlen ein vergleichbares Engagement und der politische Druck des pfälzischen Parlaments. Dabei sollte der Bezirksverband als Träger des Naturparks Pfälzerwald ein gesteigertes Interesse daran haben, dass die Überbleibsel des Kalten Krieges aus der Naturlandschaft Pfälzerwald endlich verschwinden und die Gelände einer sinnvollen Nutzung zugeführt werden können. Deshalb ist der Bezirksverband Pfalz als Träger des Naturparks Pfälzerwald gefordert, die Beseitigung von militärischen Altlasten und die Wiederherstellung der natürlichen Lebensgrundlagen in den ehemaligen Militärstandorten zu einer zentralen Aufgabe seiner Trägerschaft zu machen und in seinen Forderungskatalog aufzunehmen.“

Brigitte Freihold, DIE LINKE im Bezirkstag Pfalz

***DIE LINKE.***  
**im Bezirkstag Pfalz**